

Meininger Manifest - Für Mensch, Markt und Mittelstand

*Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung
der FDP Schmalkalden-Meiningen
vom 29.01.2005*

Deutschland, in dessen Herzen Thüringen, unsere Heimat liegt, hat große Probleme. Arbeitslosigkeit und Sorgen prägen unser Land. Die gewohnte Stärke unserer Wirtschaft, der Stand unserer Bildung, die Freiheit unseres selbstständigen Handelns scheint mehr und mehr verloren zu gehen. Unsicherheit in weiten Kreisen der Bevölkerung, ob Arbeitnehmer, Schüler oder Unternehmer, greift immer mehr um sich. Unser Land ist geprägt von politischer Lähmung und einem übermächtigen Staatswesen.

Diesem Zustand tritt die FDP entschlossen mit einem Manifest der Zuversicht entgegen. Es geht darum, Hoffnung, Kraft, Entschlossenheit und Mut zu wecken. Die Rahmenbedingungen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns werden dem Gedanken der Freiheit und Selbstbestimmung, dem Prinzip der Verantwortung für uns selbst und für andere angepasst.

Die Liberalen treten für Gemeinsinn und Verantwortung, für Freiheit und Wohlstand ein. Jeder Bürger ist dem Wohl der Gemeinschaft ebenso verantwortlich, wie dem eigenen Wohlstand. Die Kraft des Gemeinsinns kann sich nur entfalten, wenn die Freiheit des Handelns nicht unnötig eingeschränkt wird. Verantwortliches Handeln endet nicht vor den Toren der hohen Politik. Verantwortung muss sichtbar sein, die Verantwortlichen müssen Rechenschaft ablegen.

Lasst uns einen Bogen spannen von der Schule und Ausbildung zu Wirtschaft, Arbeit und Wohlstand. Nur wenig ist nötig, um die Kraft der Veränderung zum Besseren freizusetzen, dieses Wenige ist aber umso wichtiger.

I. Freiheit und das Recht auf Arbeit

Jeder Bürger hat das Recht, seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Wer aus eigener Leistung lebt, kann mit Stolz seine Freiheit nutzen und selbstbestimmt handeln. Jeder Arbeitssuchende hat Anspruch auf eine Arbeitsstelle. Daraus erwächst die Pflicht, die Allgemeinheit nur soweit in die Verantwortung zu nehmen, als es unvermeidbar ist.

An die Stelle von staatlichen Hilfeleistungen tritt der Lohn für eigene Arbeit. Bezahlen wir die Menschen für Ihre Leistungen und nicht, damit Sie dem Arbeitsmarkt fern bleiben.

Zerschlagen wir den Teufelskreis von Arbeitslosigkeit, Lohnkartell und Anspruchsdenken. Geben wir dem schaffenden Menschen seine Würde zurück.

Ein gerechter Lohn wird nicht niedriger sein als staatliche Mindestunterstützung. Er ist dann höher, wenn gute Leistungen und Fähigkeiten vom Markt fair bewertet werden. Ein unfairer Dumpingwettbewerb ist ausgeschlossen, wenn das Überangebot von Millionen Arbeitslosen entfällt. Ein Bürgergeld bringt auch für jene Beschäftigung, deren Möglichkeiten für vollen Lebensunterhalt nicht reichen.

Arbeitsverhältnisse zum Schein, etwa Beschäftigungsgesellschaften ohne Beschäftigung oder Arbeit für Kleinstbeträge, lösen das Problem nicht. Nur der kann stolz auf Arbeit sein, der sie auch voll ausführt. Zeit und Energie für Schwarzarbeit darf nicht bleiben. Der Staat kann und darf nicht Arbeitgeber sein, die private Wirtschaft will und muss diese Rolle allein spielen.

Fertigkeiten und Fähigkeiten bringen uns weiter. Lohnunterschiede müssen sein, damit Bildung sich lohnt. Den Wert der Bildung erkennt, wer die Anerkennung für Arbeit erntet.

II. Freiheit und soziale Sicherung

Der Staat darf nur soweit zur sozialen Sicherung zwingen, wie es der Schutz der Allgemeinheit erfordert. Jeder muss für das Alter, für Fälle der Not selbst vorsorgen, so dass er nicht zu Last wird. Er kann weitergehen und so vorsorgen, dass er seinen Lebensstandard nicht aufgeben muss.

Jeder muss für Krankheit so vorsorgen, dass jederzeit volle medizinische Hilfe gewährleistet ist. Er kann sich so versichern, dass auch weitergehende Leistungen gesichert sind.

Jeder muss für unverschuldete Arbeitslosigkeit vorsorgen. Er kann die Höhe, Dauer und Art der Leistung frei vereinbaren. Eine Mindestsicherung von 6 Monaten reicht für die Suche nach neuer Arbeit aus, danach kann er sich auf sein Recht auf Arbeit verlassen. Hier bieten sich besondere Chancen für Gewerkschaften und Versicherungswirtschaft, auch solche Sicherungen zu organisieren, die über das heute denkbare Maß sogar hinausgehen. Jeder weiß selbst am besten um den Wert seiner Arbeit, so kann er das Risiko der Arbeitslosigkeit selbst bewerten und entsprechend handeln.

Jeder muss sich gegen Gefahren wie Erwerbsunfähigkeit, Pflege und die anderen wichtigen Wechselfälle des Daseins absichern. Die Art und Kosten der Sicherung kann er frei verhandeln.

Jeder hat ein Recht auf soziale Sicherung. Den Träger, die Kosten, die Vertragsform bestimmt jeder selbst. Wer Versicherungen zur Abdeckung der Mindestanforderungen anbietet, muss verpflichtet sein, jeden Bürger ohne Rücksicht auf Gesundheitszustand oder Alter aufzunehmen.

Jeder hat das Recht, nicht durch Kündigungsschutz an der Arbeitsaufnahme gehindert zu werden. Er kann jede Art von Schutz mit seinem Arbeitgeber vereinbaren. Der Schutz vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, den man noch gar nicht hat, darf nicht höher bewertet werden als die Chance auf Arbeit.

Eigene Rücklagen für Alter oder Arbeitslosigkeit, sind vor Zugriff anderer geschützt und können so an die Stelle von Versicherungen treten.

Damit tritt die soziale Sicherungspflicht an die Stelle der staatlichen Pflichtversicherung. Bewährte Modelle können freiwillig weitergeführt werden, neuen Ideen geben wir Raum. Der Staat legt nur Mindestanforderungen fest.

Nehmen wir die Regelung der sozialen Sicherung in die Verantwortung der Länder, so sorgen Wettbewerb und Vielfalt für gute Lösungen. Parteienstreit wird vermieden.

III. Freiheit und Bildung

Internationale Vergleiche und Erfahrungen betrieblicher Ausbilder haben gezeigt, dass Bildungsabschlüsse verbessert werden müssen. Heute verhindert das Gerangel um Zuständigkeiten Fortschritte.

Entfalten wir die schöpferische Kraft der Jugend, indem wir es Eltern, Lehrern und Schülern überlassen, ihre Schule zu gestalten. Machen wir Schluss mit ideologischen Versuchen, geben wir der Bildung die Freiheit zurück.

Schulen müssen ihre Lehrer selbst aussuchen können und Arbeitsverträge selbst aushandeln. Wir wollen die besten Köpfe für unsere Schulen, dazu gehört auch gute Bezahlung. Schulen müssen dort entstehen dürfen, wo Schüler sind; dort wachsen können, wo Erfolge sich einstellen. Nehmen wir solche Lehrer als Vorbilder unserer Kinder, die begeistert ihrer Berufung folgen.

Der Staat gibt Mindestanforderungen für Lehrinhalte vor. Gewähren wir die Freiheit, diese zu übertreffen. Sichern wir die Güte der Bildung durch vergleichbare Prüfungen.

Alle Kinder sind uns gleich viel wert. Der Staat zahlt der Hochschule, der Schule, dem Hort und dem Kindergarten für jedes Kind, die Schule selbst, ihre Eltern und Schüler entscheiden selbst über die Verwendung der Mittel. Lassen wir Eltern und Schülern die Wahl. Was gut ist, bleibt und wächst; was aber verändert werden muss, folgt dem Vorbild oder geht ein.

IV. Freiheit und Mittelstand

Wohlstand wird nur geschaffen, wenn etwas geschaffen wird. Herstellung von Waren, Saat und Ernte, Erbringung von Dienstleistungen –auch am Menschen und für den Menschen-, schafft Werte.

Der Unternehmer steht im Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns. Wir verstehen den Unternehmer als verantwortungsvollen und vorausschauenden Partner. Wer fähige Mitarbeiter hat, entlässt nicht ohne Not. Wer ein Unternehmen in der Heimat aufgebaut hat, der wandert nicht ohne Not ab. Wer anerkannt und ernst genommen wird, der stützt den Standort Deutschland.

Wer jedoch das Steuer- und Abgabenrecht, das Arbeits- und Tarifrecht, Vorschriften und Regelungen nicht mehr überschaut, wer mehr Zeit mit staatlicher Statistik verbringt, als mit Werbung von Kunden, der wird keinen Nutzen erwirtschaften. Nicht für sich und nicht für andere.

Arbeitsplätze entstehen, wo Wachstum und Wohlstand möglich sind. Ausbildung wird angeboten, wo fähige Mitarbeiter gebraucht werden. Entfalten wir die Energie der Unternehmer, statt sie zu bremsen und zu behindern.

Deutschland muss sich im globalen Wettbewerb wie ein Unternehmen verhalten. Menschen sind unsere Kunden, egal ob sie hier weiterhin leben oder hier investieren wollen. Halten wir sie! Unsere Leistungen müssen den Preis wert sein. Nur ein einfaches Steuersystem wird als preiswert verstanden. Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Freiheit sind Grundlage des Vertrauens in unser Land.

V. Freiheit und eigene Wege

Wir müssen erkennen, dass notwendige Veränderungen an Interessen einzelner scheitern. Klare Verantwortung ist in unserem Staatswesen nicht sichtbar. Stillstand und Scheitern prägt die öffentlichen Auseinandersetzungen.

Demokratie fußt aber auf klarer Verantwortung. Wer Zuständigkeiten mischt, schafft Stillstand. Jedes Parlament muss alleinverantwortlich handeln können. Jede Mehrheit legt Rechenschaft ab. Es ist nicht das Nebeneinander von Bund und Ländern, welches uns lähmt, sondern die gegenseitige Abhängigkeit. Eine gewählte Volksvertretung ist nur dem Bürger verpflichtet.

Nach dem Geld des anderen zu trachten lenkt von der Verantwortung für sich selbst ab. Gemeinden, Länder und der Bund brauchen die Freiheit, von Zuweisungen anderer nicht abhängig zu sein.

Lassen wir Vielfalt zu, lernen wir von den anderen. Gleiche Lebensverhältnisse können wir nicht verordnen, sondern nur erarbeiten. Man kann trefflich streiten, ob dieses oder jenes in Brüssel, Berlin, Erfurt oder Meiningen entschieden werden soll, stets darf jedoch nur ein Parlament, nur eine Regierung verantwortlich sein.

Jedes Bundesland hat Stärken und Eigenheiten, lassen wir eigene Lösungen zu. Erkennen wir an, dass nicht alle gleich sind. Einheit ist unser Ziel, vollenden wir sie in Freiheit.

Meiningen/Thüringen, 29.01.2005